

SCHWARZ-ROT: Also doch alles nicht so schwer für Union und SPD. CSU-Chef Seehofer deutet Entgegenkommen beim Mindestlohn an, zwei Streithähne geben sich die Hand und am Ende steht eine Empfehlung zu Koalitionsverhandlungen.



Das kommt auf Deutschland zu: Die Verhandlungsdelegationen von Union (links) und SPD (rechts) auf dem Weg zu ihren abschließenden Sondierungsgesprächen miteinander in Berlin. Viele dieser Gesichter werden in einem neuen Bundeskabinett zu finden sein. Fotos: dpa

Große Koalition im Anmarsch

Gute Wirtschaftsprognose und Entgegenkommen beim Mindestlohn ebneten den Weg zu den Verhandlungen

BERLIN
Von unserem Korrespondenten
Martin Ferber

Die gute Nachricht kommt exakt zwei Stunden vor Beginn der alles entscheidenden Gesprächsrunde – beinahe wie bestellt für die Unterhändler von CDU, CSU und SPD. Deutschland, so verkünden die Chefs der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute am Vormittag, stehe vor einem lange anhaltenden und starken Aufschwung, was wiederum zu üppigen Steuermehreinnahmen führe. Bis 2018 werde die neue Regierung rund 33 Milliarden Euro zusätzlich für Investitionen und andere Ausgaben zur Verfügung haben.

Das ist das Signal, das Angela Merkel und Horst Seehofer und ihrer 14-köpfigen Delegation gerade recht kommt, als sie sich um 13 Uhr in den Räumen der noblen Parlamentarischen Gesellschaft mit Sigmar Gabriel und den Unterhändlern der SPD treffen. Bestätigt doch die optimistische Prognose genau ihre Position in den Sondierungen mit den Sozialdemokraten: Mehrausgaben sind möglich, ohne die Steuern erhöhen zu müssen, das Wirtschaftswachstum bringt zusätzliches Geld in die Staatskasse, ohne dass es zu Mehrbelastungen für die

Bürger führt. Das macht das Verhandeln gleich viel leichter.

Ohnehin stehen die Signale an diesem Donnerstag auf Grün für die Große Koalition – atmosphärisch, menschlich und politisch. Schon rein optisch sendet Kanzlerin Angela Merkel, die ihre Kleidung stets mit Bedacht auswählt, ein entsprechendes Signal an die Gegenseite: Sie trägt einen roten Blazer zur schwarzen Hose. CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt wiederum, der sich am Montag noch einen heftigen Wortwechsel mit der nordrhein-westfälischen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft von der SPD geliefert hat, reicht ihr vor Beginn der Gespräche auf dem Balkon der Parlamentarischen Gesellschaft demonstrativ die Hand und versöhnt sich mit ihr so auffällig, dass es alle Fotografen auch mitbekommen. Und bereits am Morgen überrascht CSU-Chef Horst Seehofer die Sozialdemokraten mit der Aussage, er sei bereit, einen Mindestlohn von 8,50 Euro unter gewissen Auflagen zu akzeptieren, wenn die SPD im Gegenzug auf neue Schulden und Steuererhöhungen verzichte.

Der bayerische Ministerpräsident spricht damit als Erster offen aus, was viele in der Union wissen: Nach dem Rückzug der Grünen ist Angela Merkel auf Sigmar Gabriel angewiesen und

muss ihm in einem entscheidenden Punkt weit entgegenkommen, schließlich braucht der SPD-Chef nach den Sondierungsgesprächen einen vorzeigbaren Erfolg für seinen Parteikonvent am Sonntag. Es gelte, sagt Seehofer, einen Weg zu suchen, „der die Einführung eines Mindestlohnes gewährleistet, aber nicht Arbeitsplätze

„Bis Weihnachten haben wir eine neue Regierung.“

Peter Ramsauer,
CSU, Verkehrsminister

„Wir glauben, dass wir eine gemeinsame Basis mit der Union finden können.“

Sigmar Gabriel,
SPD-Vorsitzender

kostet“. Sein hessischer Amtskollege Volker Bouffier begrüßt den Deal Mindestlohn gegen Verzicht auf Steuererhöhungen: „Sagen wir mal so: Der Gedanke hat ja viel Charme.“ Dabei geht unter, dass die Wirtschaftsinstitute sich gerade gegen solche gesetzlichen Mindestlöhne gewandt haben. Zudem ha-

ben Seehofer und Co. schon in den Sondierungen mit den Grünen Zugeständnisse bei den Themen doppelte Staatsbürgerschaft und Zuwanderung sowie Lockerungen beim Arbeitsverbot und der Residenzpflicht für Asylbewerber in Aussicht gestellt. Auch das kann die SPD ganz gut als Erfolg verkaufen.

Insofern überrascht es nicht, dass die 21 Unterhändler schon nach zweieinhalb Stunden zu dem Ergebnis kommen, dass sie offizielle Koalitionsverhandlungen aufnehmen wollen. „Wir glauben, dass wir eine gemeinsame Basis mit der Union finden können“, sagt SPD-Chef Sigmar Gabriel hinterher vor der Presse im Reichstagsgebäude und verweist dabei auf das einstimmige Votum seiner siebenköpfigen Verhandlungskommission. Das werde er auch dem Parteikonvent am Sonntag vorschlagen. Ein positives Votum des kleinen Parteitag vorausgesetzt, könnte schon am Mittwoch, einen Tag nach der konstituierenden Sitzung des Bundestags, mit den Koalitionsverhandlungen begonnen werden. Er sei zuversichtlich, dass dabei in allen strittigen Fragen Lösungen gefunden werden könnten, auch beim Thema Mindestlohn. „Die Union weiß, dass ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro eine zentrale Auf-

gabe ist, ohne die am Ende eine Koalition mit der SPD keinen Sinn machen würde.“

Auch die Generalsekretäre von CDU und CSU, Hermann Gröhe und Alexander Dobrindt, betonen nach dem harmonisch verlaufenen Gespräch, dass Union und SPD „ein hinreichendes Maß an Gemeinsamkeiten erarbeiten können, um das Land vier Jahre lang stabil und erfolgreich zu regieren. Zwar gebe es „bekanntermaßen unterschiedliche Ausgangspositionen“, so Gröhe, „aber am Ende fügt sich das zu einem Gesamtpaket.“ Und sein CSU-Kollege Dobrindt ergänzt: „Wir haben Gemeinsamkeiten festgestellt, wir haben Unterschiede festgestellt und wir haben Vertrauen festgestellt“, daher sei es „richtig und konsequent“, nun auch in Koalitionsverhandlungen einzutreten. Der CSU-Mann benennt drei „Mega-Themen“, die eine zukünftige Regierung zu meistern habe: Wachstum, Finanzstabilität und Beschäftigung.

Nach den Vorstellungen der Union kann nun „zügig, aber ohne Zeitdruck“ über die Bildung einer Großen Koalition verhandelt werden. Einen Termin will Gröhe allerdings nicht nennen. Nur CSU-Verkehrsminister Peter Ramsauer wagt eine Prognose: „Bis Weihnachten haben wir eine neue Regierung.“

KONFLIKTFELDER UND KOMPROMISSLINIEN

Jetzt müssen sich Union und SPD zu Kompromissen zusammenraufen. Denn noch ist der Vorrat an Gemeinsamkeiten zu klein für vier Jahre Schwarz-Rot. Ein Überblick über die Stolpersteine auf dem Weg zu einer großen Koalition:

Arbeitsmarkt: Beim gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro, wie ihn die SPD fordert, schienen bislang die Gräben unüberwindbar. Die Union will nicht, dass eine flächendeckend einheitliche Lohnuntergrenze politisch festgesetzt wird, sondern dies den Tarifparteien überlassen. Hier zeichnet sich eine Annäherung ab.

Steuern: Dissens gibt es bei den von der SPD geforderten höheren Steuern für Spitzenverdiener. Die Union hat Steuererhöhungen wiederholt ausgeschlossen und will den heimlichen Steueranstieg etwa bei Lohnerhöhungen („kalte Progression“) beenden. Eine Wiedereinführung der Vermögensteuer gilt als unwahrscheinlich, ebenso ein Aus für das Ehegattensplitting.

Betreuungsgeld: Da hakt es. Das von der CSU – gegen teilweisen Widerstand der CDU – mühsam durchgesetzte Betreuungsgeld ist für die Christsozialen nicht verhandelbar. Die SPD will die Mittel lieber in den Ausbau der Kinderbetreuung stecken. Denkbar wäre ein Kompromiss, wonach die Länder mit Hilfe einer Öffnungsklausel selbst entscheiden können, ob sie die Leistung auszahlen wollen oder nicht. Das hatte die CSU bereits abgelehnt.

Gesundheitspolitik: Da liegen die Positionen weit auseinander. CDU und CSU wollen am bestehenden System festhalten, das bei steigenden Kosten die Arbeitgeber schützt und nur die Beschäftigten belastet. Die SPD will dies ändern: durch eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen.

Rente: Bessere Renten für ältere Mütter wollen alle. Und wer Zeit seines Lebens gearbeitet, aber wenig verdient hat, soll wenigstens 850 Euro monatlich zum Leben haben. Uneins sind sich beide Sei-

Hartmut Koschyk, Staatssekretär im Finanzministerium (CSU/Bayreuth): Beide Seiten sind sich ihrer Verantwortung bewusst, dass Deutschland keine wochenlange Hängepartie zugemutet werden kann. Es war nie ein Geheimnis, dass wir uns gesetzliche Lohnuntergrenzen vorstellen können. Wichtig ist: Es darf kein Lohndumping geben, es darf aber auch keine Arbeitsplatzverluste geben. Was für die SPD der Mindestlohn, ist für uns das Thema Finanzen. Das darf keine höheren Steuern und keine neuen Schulden geben, das ist nicht verhandelbar. Alles andere schon. Die Schuldenbremse muss bleiben und 2015 brauchen wir die schwarze null im Haushalt.



ten aber sowohl über den Weg dahin wie auch über die Finanzierung. Auch die von Union wie von SPD angekündigte Ost-West-Angleichung bei der Rente ist schwierig.

Maut: Da ist selbst die Union nicht einig, obwohl die CSU die Pkw-Maut für ausländische Autos zur Bedingung einer Koalition erklärt hat. Die SPD lehnt eine Pkw-Maut kategorisch ab, hatte dies auch zum Wahlkampfthema gemacht. Aber alle wollen mehr Geld für den Straßenbau. Ein Kompromiss ist denkbar.

ERWARTUNGEN

Elisabeth Scharfenberg, Bundestagsabgeordnete (Grüne/Rehau): Sollte die große Koalition kommen, wird sie große Erwartungen erfüllen müssen. Wir werden als Opposition nach Kräften dafür sorgen, dass das gesamtgesellschaftliche Zukunftsprojekt – die Energiewende – nicht in den Sand gesetzt wird. Wir Grüne haben die Sondierungsgespräche mit der Union sehr ernsthaft und konstruktiv geführt, weil wir bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Obwohl es Bewegung auf beiden Seiten gab, haben aber letztlich die Differenzen etwa beim Mindestlohn, der Energiewende, der Schuldenbremse für Banken oder der Einführung einer Bürgerversicherung überwogen.



Anette Kramme, Bundestagsabgeordnete (SPD/Bayreuth): Am Ende werden die SPD-Mitglieder entscheiden, ob es zu einer großen Koalition kommt. Wir sind keine Totalverweigerer, aber es wird von den Inhalten abhängen, ob es für ein Regierungsbündnis mit der Union reicht. Wir müssen erst sehen, was bei den Verhandlungen herauskommt. Ohne Mindestlohn wird es nicht gehen, aber allein diesen Punkt durchzusetzen, wird auch nicht reichen. Bisher war das größte Hemmnis die Finanzierung von besserer Bildung und der Abbau des gewaltigen Investitionsstaus bei der Infrastruktur von 30 Milliarden Euro. Wenn wir das ohne höhere Steuern und mehr Schulden hinbekommen, umso besser. raus



Paare in Lebenspartnerschaft Kinder adoptieren können. Die Union wehrt sich zudem beim Asylrecht gegen Lockerungen.

Mieten: Gegen drastische Mieterhöhungen will die SPD bundesweit eine Erhöhungs-Obergrenze bei Wiedervermietungen von zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete. Die Union will den Ländern für Gebiete mit angespanntem Markt die Möglichkeit zu einem solchen Limit geben.

Die Verhandlungen: Union und SPD werden nun zwölf Arbeitsgruppen für die Koalitionsverhandlungen bilden. Diese sollen jeweils gemeinsam geleitet werden. Auf Unionsseite übernimmt die CDU bei neun, die CSU bei drei Arbeitsgruppen die Führung. Die bayerische Wirtschaftsministerin Ilse Aigner leitet auf Unionsseite die Arbeitsgruppe Wirtschaft, und die Bundesminister Peter Ramsauer und Hans-Peter Friedrich leiten für die Union die Arbeitsgruppen Verkehr und Inneres. Daneben soll es eine Steuerungsgruppe der Generalsekretäre geben, eine große Runde sowie eine kleine Runde der Parteispitzen und ihrer Chefunterhändler. Sicher ist schon jetzt, dass die Regierungsbildung diesmal besonders lange dauern wird. Vor vier Jahren wurde das schwarz-gelbe Kabinett 31 Tage nach der Bundestagswahl vereidigt. Diesmal fangen am 31. Tag nach der Wahl erst die Koalitionsverhandlungen an. Im langjährigen Durchschnitt vergehen 39 Tage von der Bundestagswahl bis zum Amtseid des Kanzlers. dpa